

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/208 · 01067 Dresden · Telefon 0351/488-2822 · fraktion@dielinke-dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



Es kam wie erwartet: In der von ihr beantragten Aktuellen Stunde "Gescheiterte Integration - Kriminalität durch Migranten" hetzte die AfD-Fraktion gegen Menschen nichtdeutscher Herkunft. Die Antwort folgte prompt: Stadträtinnen und Stadträte der LINKEN erhoben sich gemeinsam und setzten mit dem Spruch "Herz statt Hetze" ein klares Zeichen. Gemeinsam mit Grünen und SPD hatten wir unser Rederecht an den Dresdner Polizeipräsidenten Jörg Kubiessa abgetreten, der sich mit fundierten Zahlen der Vereinnahmung durch Rechtsaußen verwahrte.

Haltung zeigen!

Kalter Putsch gegen Mieterinnen und Mieter

AfD, CDU, OB, FDP und Freie Wähler schwächen den sozialen Wohnungsbau

Am Donnerstag lag dem Stadtrat ein Vorschlag der Verwaltung vor, Ausnahmen vom im Kooperativen Baulandmodell festgeschriebenen 30-prozentigen Anteil von Sozialwohnungen an neuen Wohnungsbauprojekten in Dresden zuzulassen. Fünf Ausnahmen sollten es laut Vorlage sein. Dann aber traten die Freien Wähler mit einem Antrag auf, den Sozialwohnungsanteil generell auf 15 Prozent zu reduzieren. Es stand Spitz auf Knopf: AfD, CDU, FDP und Freie Wähler brauchten nur eine weitere Enthaltung, um mit ihrem Handstreich erfolgreich sein zu können. Und die kam: Oberbürgermeister Hilbert sagte, da er die rechtlichen Konsequenzen dieser Änderung nicht überblicke, enthalte er sich. Sonst hätte er zugestimmt. Das war leider gar nicht nötig. Aus 30 Prozent werden jetzt 15.



Kein Netz für alle

Wer im Corona bedingten Heimunterricht auf neueste Geräte und schnelles Internet vertrauen konnte, hatte es mit den Eleven zu Hause leichter als die, bei denen Geldbeutel und Netzabdeckung genau das nicht zulassen. Also startete die Fraktion DIE LINKE eine Initiative, über Freifunk eine auskömmliche Internetabdeckung zu gewährleisten, alle Kinder mit Laptops auszustatten und das kostenlose Kopieren von Schulunterlagen in Bibliotheken möglich zu machen. Für **Katharina Hanser** "eine Initiative, die der Lebenswirklichkeit vieler Menschen entspringt". Eine Lebenswirklichkeit, mit der die Mehrheit des Stadtrates allerdings offenbar nichts zu tun hat. Der Stadtrat lehnte mehrheitlich ab. Für **Anja Apel** "eine verpasste Chance, ärmere Familien besser ans Netz zu bringen".